

Fischler: Stimmen der Religionen wichtig in offener Gesellschaft

Österreich/Religion/Politik/Wissenschaft

utl: Früherer EU-Kommissar: "Kirchen sind politisch, sind aber gut beraten, sich aus politischen Ämtern fernzuhalten"- Theologe Appel: Bibel offenbart "alternative Welt zur politischen Geschichte im Zeichen der Verletzbarkeit"=

Salzburg, 9.3.2022 (KAP)

Wie politisch ist Religion?", dieser Frage geht die Kommission Weltreligionen der Österreichischen Bischofskonferenz heuer in ihrer jährlich stattfindenden "Tagung zur Förderung des interreligiösen Dialogs" nach. Aus biblischer Sicht seien, die Bereiche, "die man heute Religion und Politik nennen würde", jedenfalls "schon deswegen sehr eng miteinander verbunden, weil es beiden um das gute Leben der Menschen in der Gemeinschaft geht", betonte Militärbischof Werner Freistetter am Mittwochmorgen bei seinen Begrüßungsworten zur Fachtagung.

Die Frage nach einem adäquaten Verhältnis von Religion und Politik werde kontrovers diskutiert. Die einen würden der Religion ausschließlich den privaten Bereich zuweisen, fernab aller politischen Sphären. Die anderen sähen gerade in einer politischen Option die Nagelprobe für die Glaubwürdigkeit von Religion, hieß es vonseiten der Weltreligionen-Kommission. Diese richtet die Tagung aus, in Kooperation mit dem Bildungshaus St. Virgil, dem Zentrum Theologie Interkulturell der Religionen der Universität Salzburg sowie der Kirchlich Pädagogischen Hochschule Edith Stein, der Privaten Pädagogische Hochschule Augustinum und dem Referat für Dialog der Religionen der Erzdiözese Salzburg.

Gott, der die Herrscher infrage stellt

Für Freistetter ist das geschichtliche Ur-Ereignis des Volkes Israel, der Exodus, "zugleich religiöse Erfahrung wie politische Befreiung", wie er betonte. Das Gesetz als wichtigster religiöser Bezugspunkt habe zudem das Leben in der Gemeinschaft geregelt, wie Gott es für sein Volk vorgesehen hatte. "Die religiöse Legitimierung politischer Herrschaft sowie die Funktionalisierung religiöser Inhalte und Praktiken im Dienst der Aufrechterhaltung politischer Herrschaft kennzeichnen praktisch alle Religionen im Alten Orient", hielt der Bischof fest.

In anderen biblischen Geschichten gehe die Argumentation in eine andere Richtung. Die Legitimation durch Gott diene nicht in erster Linie der Festigung von Herrschaft, sondern zugleich und in viel größerem Ausmaß ihrer Infragestellung, "wenn die politischen Institutionen nicht mehr jene Form des Zusammenlebens befördern können oder wollen, die dieser Gott von seinem Volk erwartet." Jesus beginne sein öffentliches Wirken in den Evangelien mit der Zusage, dass dieser Friede als Gottes Reich angebrochen ist, das mitten unter den Menschen da ist. Die Endgültigkeit seiner Herrschaft über die Welt lasse sich "so wenig für einseitige politische Projekte funktionalisieren, wie das manche schon zur Zeit Jesu tun wollten", so Freistetter.

Auch im Lauf der Kirchengeschichte sei es immer wieder zu Versuchen wechselseitiger Funktionalisierung auf religiöser und politischer Ebene gekommen. Man versuche, Leitungsmodelle aus der Politik und ein entsprechendes Verständnis von Macht auf kirchliche Strukturen zu übertragen, andererseits griffen politische Leitungsmodelle auch auf christliche Begründungsformen zurück.

Zugleich sei es immer wieder zu Ausbrüchen, Gegenbewegungen und Erneuerungsbestrebungen gekommen, die festgefahrene Positionen im Rückgriff auf die biblischen Traditionen und frühe kirchengeschichtliche Vorbilder zu überwinden suchten. Diese hätten nicht selten, nach einer Zeit

durchaus heftiger Auseinandersetzungen, dabei geholfen, die Bereiche von Religion und Politik, Kirche und Staat für die Zukunft neu zu bestimmen. Beispiele seien u.a. die Armutsbewegungen des Hochmittelalters oder die Reformation, aber auch die Entwicklung der Katholischen Soziallehre zur Arbeiterfrage, sowie die Befreiungstheologie, schloss der Bischof. (Info: www.kommissionweltreligionen.at)

Fischler: Stimmen der Religionen wichtig in offener Gesellschaft

Die Stimmen der Religionen sind im Sinne einer offenen Gesellschaft notwendig. Das hat der frühere EU-Kommissar Franz Fischler (ÖVP) unterstrichen. Fischler beleuchtete bei einer interreligiösen Fachtagung zum Thema "Wie politisch ist Religion?" am Mittwoch in Salzburg die "politische Perspektive" auf das kontrovers diskutierte Thema. Organisiert wurde die Tagung von der Kommission Weltreligionen der Österreichischen Bischofskonferenz. Neben Fischler referierten u.a. die Innsbrucker Religionswissenschaftlerin Magdalena Modler-El Abdaoui und der Wiener Theologe Kurt Appel.

Für Fischler müssen Religionen politisch sein, denn das entspreche ihren eigenen Selbstverständnissen. Der göttliche Auftrag aller Religionsstifter richte sich an einen gesellschaftlichen Auftrag und sei letztlich Basis für die Gründung der Religion. Die Basis verleihe Religion gesellschaftliche Relevanz und sie werde auch zum "Reibebaum". Das gelte auch für die christlichen Kirchen, so Fischler: "Kirchen sind politisch", aber, die Kirchen seien "gut beraten, sich aus politischen Ämtern fernzuhalten". Nachsatz: "Das heißt aber nicht, dass sie sich nicht einmischen und mitdiskutieren sollen".

Die Kirche habe eine wichtige Funktion innerhalb der Gesellschaft als "Salz der Erde", zeigte sich Fischler überzeugt. Auch die prophetische Aufgabe von Religion ist für den früheren österreichischen Landwirtschaftsminister eine bedeutsame, nämlich: "den Spiegel vorzuhalten und auf gesellschaftliche Fehler aufmerksam zu machen". Damit mache sich die Kirche zwar nicht immer sonderlich beliebt, wandte Fischler ein, aber "Kirche muss in Kauf nehmen, dass sie auch auf Widerstand stößt".

Derzeit bemerke er eine Tendenz, dass Religion in Österreich immer mehr zur Privatsache wird. Kirchen zögen sich in "kleine Gruppen" zurück, mit weniger öffentlichen Ansprüchen. Dabei sei es wichtig, dass Kirche im öffentlichen Diskurs präsent sei, sie solle etwa als "Anwältin der Menschenrechte auftreten und Verletzungen dieser anklagen", so Fischler. Das trage zu vernünftigen Machtverhältnissen bei.

Gerade die Katholische Kirche mit ihrem universellen Anspruch habe in der globalisierten Welt durch ihre weltumspannende Funktion eine größere Bedeutung als früher, zeigte sich Fischler überzeugt. Der Austausch müsse natürlich formalisiert werden. Der frühere EU-Kommissar verwies in diesem Zusammenhang etwa auf die Kommission der Europäischen Bischofskonferenzen COMECE, die einen strukturierten Dialog auf EU-Ebene ermögliche.

In Österreich würde insbesondere durch das Konkordat ein rechtlicher Rahmen zum Verhältnis Kirche-Staat gezogen - ein Mechanismus, der eine "gute Sache" sei, so Fischler. Im professionellen Umgang miteinander sei durchaus "Luft nach oben" vorhanden, verwies der ehemalige ÖVP-Politiker unter anderem auf die an die Öffentlichkeit gelangten Chatnachrichten von politisch Verantwortlichen. Diese hätten "keinen respektvollen Umgang" offenbart.

Kritisches Potenzial der Bibel

Das kritische Potenzial der Bibel auf Macht und die Politik beleuchtete der Wiener Religionsphilosoph und katholische Theologe Kurt Appel. Die Bibel offenbare eine "alternative Welt zur politischen Geschichte im Zeichen der Verletzbarkeit". Der Fokus auf das Christentum sei bis heute in seinen symbolischen Ordnungen relevant. Als ein Fundament von Politik bedürfe es solcher Erzählungen, befand der Theologe.

Religion bezeichne auch immer ein "Finden von Ausgängen", aber gleichzeitig würden diese Ausgänge besetzt und instrumentalisiert, so Appel, und: "Religion schafft da Ausgänge, wo Politik in der Krise ist". Als Beispiel nannte der Theologe die Apokalypse nach Johannes. Das letzte Buch der Bibel stehe im Zeichen des Zerbrechens von Repräsentationen. "Die Geschichte wird aus dem Blickwinkel der Opfer römisch-imperialer Politik betrachtet." In diesem Blickwinkel würden die Repräsentationen der Geschichtsmächte und keine Personen "in den Feuersee der Geschichte geworfen".

Das Verletzbare sei das, wo sich Gott offenbare, betonte Appel mit Verweis auf die Kreuzsymbolik. Das Kreuz als wirkliche Präsenz der Herrlichkeit Gottes habe eine extrem provokative Kraft. Jesus fungiere auch als Ironisierung imperialer Macht, Formen der Repräsentation würden relativiert. Die Bibel werfe einen extrem kritischen Blick auf Repräsentationsstrukturen, auf die Gesellschaft und das Politische.

Die Bibel könne dabei nicht eins zu eins als Handlungsanweisung für die Politik gelten. Das Konstrukt der Europäischen Union sieht Appel aber als Beispiel dafür, wie ein bewusster Verzicht auf einen imperialen Gestus heute ausgestaltet werden könne. So sei die EU in erster Linie in dem Bestreben errichtet worden, eine Wiederholung der Katastrophe von Auschwitz zu verhindern. Nicht ein imperialer Anspruch sei im Vordergrund gestanden.

Braucht politische und theologische Bildung

"Wie politikbegabt sind Religionen?", dieser Frage ging die Innsbrucker Religionswissenschaftlerin Magdalena Modler-El Abdaoui nach. Konkret fragte sie, wie religiös motivierte Menschen in einer säkularisierten Welt handlungsfähig und auf Augenhöhe agieren können. Modler-El Abdaoui hielt dabei fest, dass ein religiös motivierter Mensch ebenso "homo politicus" - also politischer Mensch - sein kann wie ein nicht religiös motivierter Mensch. Dafür müsse die staatlich-rechtliche Rahmung allerdings einen Raum für religiöse Menschen und ihre Gemeinschaften als anerkannte Gesellschaftsmitglieder bereitstellen.

Ebenso wichtig sei, dass sich religiöse Menschen einem Diskurs stellen und ihre säkularisierte Umgebung theologisch-konstruktiv reflektieren, so die Religionswissenschaftlerin. Zuletzt müssten religiöse Gemeinschaften ihre Mitglieder aktiv darin unterstützen, durch politische und theologische Bildung artikulations- und damit gestaltungsfähig in beiden Diskursen zu sein, so Modler-El Abdaoui abschließend.

Für Mittwochnachmittag waren unter anderem ein Vortrag zum Thema "Politischer Islam: Begriff, Konzepte, Differenzierungen" des Wiener Politikwissenschaftlers Thomas Schmidinger, sowie thematische Gesprächsforen vorgesehen. Abschluss bildete eine Podiumsdiskussion mit Militärbischof Werner Freistetter, dem muslimischen Politikwissenschaftler und Deradikalisierungsexperten Dr. Nadim Mazarweh, dem Altkatholischen Generalvikar sowie Sher Singh und Gursimran Kaur von der Sikh-Glaubensgemeinschaft in Österreich zum Thema "Wie politisch ist Religion".